Hessisches Bündnis „Demokratiebildung nachhaltig gestalten“

im Kontext des bundesweiten Bündnisses „Bildung für eine demokratische Gesellschaft“

Initiiert von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)/ Landesverband Hessen,
der Sportjugend Hessen
und Makista – Bildung für Kinderrechte und Demokratie e. V.

Gegründet in Wetzlar, 20. November 2019

Hessisches Bündnis „Demokratiebildung nachhaltig gestalten“

Herausforderungen und Ausgangslage

Es ist Zeit gemeinsam zu handeln: für Menschenrechte einstehen und für die Demokratie aufstehen. Das Zusammen-leben in einer demokratisch verfassten Gesellschaft bedarf der immerwährenden Auseinandersetzung. Dazu gehören u.a. die bewusste Wahrnehmung von Ein- und Ausschlussprozessen, eine Sensibilität für Machtungleichgewichte und eine permanente Aufmerksamkeit für die Wahrung der Menschenwürde. Die Herausforderungen, die sich u.a. in der Zunahme menschenverachtender Dis-kurse, offen rassistisch agierender Gruppen, der Akzeptanz von Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Trans- und Homofeindlichkeit, Rechts-populismus und Infragestellen von Emanzipation und Selbstbestimmtheit aller Menschen zeigen, verdeutlichen dies. Komplexe, globale Entwicklungen (Klimawandel, Ausbeutung von Natur und Menschen, die große Flucht- und Migrationsbewegungen auslösen) wer-den zunehmend vor Ort spürbar. Die daraus resultierenden Verunsicherungen fordern die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft heraus. Umso entschei-dender ist es, die in einer Demokratie lebenden und heranwachsenden Menschen und ihr Bewusstsein für die Qualität demokratischer Verfahren und den diesen innwohnenden Menschen- und Bürgerrechten zu stärken. Dafür bedarf es gemeinsamer Anstrengungen.

Was bereits getan wird

Es gibt bereits an vielen Stellen staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen, Träger und Initiativen, die insbesondere im Bildungsbereich zahl-reiche Aktivitäten entfalten und Maß-nahmen umsetzen, um der Infrage-stellung von Demokratie und Menschen-rechten entgegen zu wirken. Zu nennen sind u.a. das Demokratiezentrum in Marburg, das Beratungsnetzwerk Hessen Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, die Partnerschaften für Demokratie und viele weitere Vereine, Verbände und zivil-gesellschaftliche Akteure. Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik – ein seit 2005 bestehender Verein mit besonderer Expertise in Demokratie-pädagogik (Klassenrat u.a.) – hat zudem auf Bundesebene im Jahr 2018 ein „Bündnis Bildung für eine demokratische Gesellschaft“ ins Leben gerufen. In diesem Zusammenhang gibt es bereits auch Landesbündnisse beispielsweise in Rheinland-Pfalz unter dem Motto „Demokratie gewinnt“ unter der Schirmherrschaft der Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Was noch zu tun ist

Auch wenn verschiedene Akteure bereits in Netzwerken zusammenkommen und sich hier austauschen können, ist ihre Verbindung doch eher lose. Die gegenwärtigen Herausforderungen und Diskurse, bei denen die Notwendigkeit und Qualität von politischer Bildung auch kontrovers diskutiert bzw. zuweilen auch in Frage gestellt werden, bedürfen einer festeren Verbindung. Einige Akteure im Feld machen sich schon auf den Weg, aber es gilt schulische und außer-schulische politische Bildung viel enger zusammen zu denken. Auch sollten die Hochschulen stärker eingebunden wer-den. Darüber hinaus sehen wir die Schwierigkeit, dass Demokratielernen in manchen Bereichen nur sehr rudimentär oder nicht systematisch stattfindet beispielsweise in Schulen, der Lehrkräfteausbildung und der außerschulischen Bildung. Oder es werden demokratiepädagogische Projekte begonnen, die nach einer gewissen Zeit wieder beendet werden und insofern keine nachhaltige Wirkung erzeugen. Demokratielernen als besonderer Schwerpunkt der Organisationsentwicklung ist erst bei wenigen Bildungsakteuren verankert. Wir haben es eher mit einer Vielzahl von Projekten zu tun, die nicht in langfristigen Strukturen verankert sind. Viele Befunde weisen darauf hin, dass eine entsprechende Umsteuerung notwendig ist.

Erforderliche Schritte

Insofern sind verstärkt Anstrengungen notwendig, um Demokratiebildung als festen Bestandteil in allen Bildungs-einrichtungen zu verankern. Es erfordert ferner eine engere Zusammenarbeit aller Akteure, um Synergien zu gewinnen und ein Nebeneinander und Vereinzelung zu vermeiden. Es geht auch darum öffentliche und politische Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen und somit einen Diskurs in der Öffentlichkeit und der Fachöffentlichkeit anzuregen.

Wir sind überzeugt davon, gemeinsam dafür Verantwortung zu tragen, die Zukunft von Demokratie und Menschen-rechten zu sichern – und dass Bildung der Schlüssel dafür ist. Wir gehen dabei von einem Demokratieverständnis aus, das Demokratie als menschenrechtsbasierte Staats-, Gesellschafts- und Lebensform begreift. Dabei gibt es insbesondere einen inneren Zusammen-hang zwischen Demokratiepädagogik, Kinderrechtebildung und globalem Lernen und politischer Bildung. Die kulturelle Bildung, historisch-politische und Menschenrechtsbildung sowie das bürgerschaftliche Engagement sind dabei mit zu denken. Wir rufen daher zur Bildung eines Bündnisses auf, das möglichst alle demokratiepädagogischen und Demokratie förderlichen Akteure (somit auch Einzelpersonen) und Initiativen, Träger und Organisationen vereint und bündelt, ein Informationsnetzwerk bildet, gemeinsame Aktivitäten entfaltet und damit das Thema noch stärker in die Öffentlichkeit bringt. Dabei sind nicht nur zivilgesellschaftliche Organisationen so-wie Träger und Initiativen, die die Jugendlichen vertreten (wie Kinder- und Jugendparlamente, Jugendverbände) sondern auch staatliche Einrichtungen und Stiftungen angesprochen.

Was ein Bündnis leisten und bewirken kann

Als praktische Schritte in Hessen wären Kampagnen zum systematischen Demokratielernen, das sich konsequent an einer rassismuskritischen, menschenrechtsbasierten politischen Bildung orientiert und Aktivitäten denkbar, die die Notwendigkeit einer aktiven Auseinandersetzung mit der demokratischen Verfasstheit der pluralen Gesellschaft in Deutschland positiv besetzt und Gelegenheitsräume zu subjektorientierter Aus-, Fort- und Weiterbildung in Ver-einen, Verbänden und Betrieben schafft. Ein Ziel könnte sein, die Demokratiepädagogik in der 1. und 2. Phase der Lehrkräfteausbildung zu einem festen Bestandteil der Ausbildung zu machen, das Fach PoWi zu stärken und/oder systematisch Demokratielernen in Volkshochschulen, Jugendverbänden oder anderen lokalen Zusammenhängen zu verankern und dabei Jugendbildungs-referent*innen einzubinden. Dabei könnten zeitliche begrenzte Arbeitsgruppen gebildet werden, die einzelne Themen-felder wie Fortbildungen und Beratungen thematisieren und/oder in Regional-konferenzen umsetzen. Darüber hinaus kann das Bündnis eine beratende und öffentlichkeitswirksame Funktion haben sowie Expertise zu demokratiepädagogischen Fragen und zur politischen Bildung bieten.

Erstunterzeichner_innen (Stand: 20.11.2019):

agah – Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte
Arolsen Archives
Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh
Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, Landesverband Hessen
Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Hessen
DGB Bildungswerk Hessen
DGB Hessen-Thüringen
Diakonie Hessen
Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen
Evangelische Akademie Frankfurt
Evangelische Akademie Hofgeismar
GEW Landesverband Hessen
Hessisches Netzwerk der UNESCO-Projektschulen
Karl-Kübel-Stiftung, Bensheim
Kinderfreundliche Kommune Hanau – Stadt Hanau
Kinderrechte-Institut
Landeselternbeirat Hessen
Makista
Naturfreunde Hessen
Naturfreundejugend Hessen
Sarah-nussbaum zentrum
Sportjugend Hessen
Verband deutscher Sinti und Roma
Verdi Hessen
Zentrum gesellschaftliche Verantwortung der Ev. Kirchen Hessen und Nassau
Zentrum Oekumene der EKHN und EKKW

Kathrin Anders
Clemens Breest
Ilse El-Badawi
Hanna-Lena Neuser
Thorsten Schenk
Sophie Schmitt
Stephan Wassmuth